

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

21.3.1861 (No. 68)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. März.

N. 68.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Eintüdingengebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Der Amtsantritt des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Am 4. März haben die Vereinigten Staaten Nordamerika's oder das, was bis jetzt so hieß, ihren ersten Beamten gewechselt. Wohl noch nie seit den Tagen Washington's hat ein Präsident seinen Einzug in den Sitz der Bundesgewalt unter so eigenthümlichen Verhältnissen gehalten, wie Abraham Lincoln aus Illinois. Ein stolzer Bau, der mehrere Menschenalter gestanden hat, droht den Einsturz oder ist schon eingestürzt, und der Bürgerkrieg steht vor der Thür.

Es liegt uns heute nur ein Auszug, aber ein ziemlich ausführlicher, aus der Antrittsrede Lincoln's vor, der wohl die Hauptsachen in Bezug auf die brennende Frage enthalten wird. Nach einigen einleitenden Bemerkungen sprach Dr. Lincoln, wie folgt:

Unter den Bewohnern der südlichen Staaten scheint die Befürchtung obzuwalten, daß durch den Regierungsantritt einer republikanischen Verwaltung ihr Eigentum, ihr Friede und ihre persönliche Sicherheit gefährdet würden. Es hat niemals ein vernünftiger Grund für eine solche Befürchtung vorgelegen. Ich führe eine meiner früheren Reden an, in welcher ich erklärte, daß ich weder unmittelbar, noch mittelbar gegen die Einrichtung der Sklaverei in den Staaten, wo sie besteht, einschreiten werde. Ich glaube, ich habe kein gesetzliches Recht, ebenso wie ich keine Neigung dazu habe, das zu thun. Diejenigen, welche mich als Kandidaten aufgestellt und gewählt haben, nahmen in das Programm, welches ich gutheißen sollte, und als Gesetz für sich und mich folgende Resolutionen an:

Wir erklären, daß die unversehrte Aufrechterhaltung der Rechte der Staaten und namentlich der Rechte jedes Staates, seine eigenen heimischen Einrichtungen nach seinem eigenen Gutdünken zu ordnen und zu leiten, durchaus notwendig für jenes Gleichgewicht der Gewalt ist, von welchem die Vollkommenheit und die Dauer unseres politischen Gebäudes abhängen.

Wir verdammen den rechtswidrigen Einfall mit Waffengewalt in irgend einen Staat oder irgend ein Territorium, gleichviel, unter welchem Vorwande, als das schwerste der Verbrechen.

Ich wiederhole nochmals diese Ansichten und lenke die öffentliche Aufmerksamkeit darauf hin, daß Eigentum, Friede und Sicherheit keiner Sektion durch die an's Ruder gelangte Verwaltung gefährdet sind. Es herrschen viele streitige Ansfassungen über die Auslieferung derer, welche der Dienstbarkeit oder Arbeit entflohen sind. Folgende Bestimmung ist jedoch beifällig in der Verfassung zu lesen:

„Niemand, der zu Dienstbarkeit oder Arbeit in einem Staate kraft der dort herrschenden Gesetze gehalten ist und in einen andern Staat entkommt, soll kraft irgend eines in diesem geltenden Gesetzes oder irgend einer darin geltenden Bestimmung von solcher Dienstbarkeit oder Arbeit befreit, sondern auf Ansehen dessen, dem er solche Dienstbarkeit oder Arbeit schuldet, ausgeliefert werden.“

An den Satz, daß Sklaven, auf deren Lage die in dem vorstehenden Artikel enthaltene Bestimmung paßt, ausgeliefert werden sollen, sind alle Kongreßmitglieder eidlich gebunden. Ich leiste den amtlichen Eid heute ohne heimlichen Vorbehalt und durchaus nicht in der Absicht, die Verfassung oder die Gesetze nach irgend welchen Ausnahmeregeln auszuliegen. Ich trete mein Amt unter großen und eigenthümlichen Schwierigkeiten an. Die bisher bedrohte Verfassung unserer freisinnigen Union ist jetzt in furchtbarer Weise angegriffen. Ich halte dafür, daß in Anbetracht unseres gemeinsamen Staates (universal State) und der Verfassung derselben die Union dieser Staaten eine ewige ist und auch in Zukunft alle ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung zur Ausführung bringen soll. Unsere nationale Verfassung und unsere Union dauern für immer.

Eine gemüthliche Geschichte.

(Fortsetzung.)

„Dder“, ergriff nun Dr. Hannekam freudig das Wort. Der Herr mit den schönen Haaren besaß nämlich Ambition und wartete bereits seit langem mit Ungeduld, seine Phantasie glänzen zu lassen. „Dder“, sagte er also: „Die Seeschlange! dieses interessante Ungeheuer hat sich keineswegs überlebt, man hat nur, wie der würdige Dr. Peintelles sehr richtig bemerkte, es nicht verstanden, dieser fabelhaften Naturerscheinung neue Seiten abzugewinnen. Lassen wir sie aber einmal aus ihrer mythischen Passivität heraustreten, lassen wir sie aktiv werden; lassen wir sie z. B. durch eine unbefohlene Bewegung mit ihrem Schwanz die Rippen eines Dreibeckers einschlagen. Denken Sie sich hinzu einen jungen kühnen Matrosen, der sich mit einem Entschafenen bewaffnet, von Bord auf das Ungeheuer stürzt.“ Und er agierte so vehement mit seinen Armen, als wäre er selbst der kühne junge Matrose mit dem Entschafenen.

„Genug! genug!“ unterbrach ihn hier mild lächelnd Dr. Schred, der nun zwar nicht mehr seinen Schnurrbart mißhandelte, dagegen aber sich alle erdenkliche Mühe gab, seine Nase in eine unnatürliche Stellung zu zwingen. „Genug!“ sprach er mit Pathos, „Sie verstehen mich, meine Herren, und ich danke Ihnen hierfür. Ein elastischer Geist kennt in dieser Richtung keine Schranken. Sie werden sich z. B. gleich mir ganz gut einen amerikanischen Urwald denken können, der durch die Unvorsichtigkeit eines deutschen Gelehrten, welcher sein Brennglas im Grolse vergißt, in Brand geräth. Auch werden Sie's gewiß nicht unmöglich finden, daß ein Kämmerlein einen Hirtenknaben in der Schweiz entführt, ihn an Kindesstatt annimmt und durch mehrere Jahre in seinem Neste gleich seinem eigenen Sohn erzieht. Gewagter wäre die Behauptung, daß dem jungen Schweizer in Folge der ungewohnten Nahrung Flügel und Klauen gewachsen.“

dar. Kein Staat kann auf seinen bloßen eigenen Antrieb aus der Union austreten. In diesem Sinn gefaßte Beschlüsse und Verfügungen (resolutions and ordinances) sind in rechtlicher Beziehung null und nichtig, und gewaltthätige Handlungen, die in einem oder mehreren Staaten gegen die Autorität der Vereinigten Staaten verübt werden, sind je nach den Umständen strafrechtlich oder revolutionär. Ich betrachte daher die Union als unzerbrochen und werde, so weit es in meinen Kräften steht, dafür Sorge tragen, daß die Gesetze der Union in allen Staaten vollständig ausgeführt werden. Ich hoffe, man wird dies nicht als Drohung betrachten, sondern darin nur den Ausdruck des Willens erblicken, die Union auf verfassungsmäßigem Weg zu verteidigen und aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise soll es zu keinem Blutvergießen und zu keiner Anwendung von Gewalt kommen, man müßte denn die Nationalbehörden dazu zwingen. Die mir anvertraute Gewalt soll dazu benützt werden, das der Regierung gehörige Eigentum und die der Regierung gehörigen Plätze zu behaupten, zu okkupieren und zu besitzen (to hold, occupy and to possess) und die zu entrichtenden Zölle zu erheben. Ueber das hinaus, was zur Erreichung dieser Zwecke nöthig ist, wird keine Invasion und keine Anwendung von Gewalt stattfinden. Sollte die Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten so groß und so allgemein sein, daß sie Bürger verführte, Stellen zu bekleiden, so wird man den Einwohnern, welche nichts davon wissen wollen, keine mißliebigen Fremden aufrängen. Die Posten werden, wofür man sie nicht zurückweist, auch in Zukunft nach allen Theilen der Union abgehen. Wie ich höre, ist ein vorgeschlagenes Amendement zur Verfassung, welchem zufolge die Bundesregierung sich niemals in die heimischen Einrichtungen von Staaten, das Verhältnis der zur Dienstbarkeit gehaltenen Personen mit indigenen, einmischen soll, im Kongreß durchgegangen. Ich will sagen, daß ich nichts dagegen habe, wenn dieses Amendement zu einer ausdrücklichen und unweiberrücklichen Bestimmung gemacht wird.

Nach einer an alle Parteien gerichteten Aufforderung, die Sache reiflich und ruhig zu erwägen, fuhr Lincoln fort:

In euren Händen, anzufriedene Mitbürger, nicht in den meinigen, liegt die wichtige Entscheidung, ob es zum Bürgerkrieg kommen soll. Die Regierung wird euch nicht angreifen, so daß kein Kampf stattfinden kann, ihr müßt denn die Angreifenden sein. Kein Eid von euch, daß ihr die Regierung zerschellen wollt, ist im Himmel verzeichnet, während ich die Regierung aufs feierlichste zu schützen und zu verteidigen haben werde. Ich bedauere es, so schließen zu müssen. Wir sind nicht Feinde, sondern Freunde, und wir dürfen keine Feinde sein. Wenn auch Leidenschaft die Bande unserer Liebe straff angezogen haben mag, so darf sie dieselben doch nicht zerreißt. Die geheimnißvollen Saiten der Erinnerung, die sich von jedem Schlachtfelde und jedem Grabe eines Patrioten nach jedem lebenden Herzen in unserm weiten Lande spannen, werden, wenn sie, wie das sicherlich geschehen wird, von den besten Engeln unserer Nation berührt werden, abermals im Reigen der Eintracht erklingen.

Deutschland.

aus Baden, 18. März. Während mehrere der in Ihrem Blatte Nr. 66 mitgetheilten Anträge zu dem allgem. deutschen Handelskongreß in Heidelberg die Münzfrage und das Papiergeldwesen betreffen, beschäftigt sich auch die von dem volkswirtschaftlichen Kongreß zu Köln im September v. J. dazu ernannte, aus den H. H. Mar Wirth, Peiffer und Leopold Sonnemann in Frankfurt a. M. bestehende Kommission mit diesen Fragen. Beauftragt, dem nächsten Kongreß Vorschläge über die zweckmäßigsten Mittel zur Herstellung der Münzeinheit und zur Regulirung des Papiergeldwesens in Deutschland zu machen, hat diese Kommission verschiedenen Handelskammern, Bank-

instituten u. I. die von einem hervorragenden Mitgliede des Kongresses entworfene „Andeutung über eine Modalität der zu erstrebenden deutschen Münzeinheit“ zur Begutachtung, und II. in der Frage des Papiergeldwesens a) in Betreff des Staatspapiergeldes und b) in Betreff der Zettelbanken und deren Noten mehrere Fragen zur Beantwortung vorgelegt.

Die „Andeutung“ geht dahin: 1) Die durch den Wiener Münzvertrag gegebene Grundlage des deutschen Münzsystems wird festzuhalten sein, d. h. die Ausprägung von Thalerstücken, 30 Stück auf das metrische Pfund feines Silber, als Hauptmünze. 2) Die Einheit der Rechnungsweise wird bei einer allgemeinen Reform vom Gesichtspunkt eines möglichst konsequenter Dezimalsystems durchzuführen sein. 3) Es ist hierbei darauf Rücksicht zu nehmen, daß von dem vorhandenen Münzvorrath in Deutschland thunlichst viel auf bequeme Weise bei der neuen Rechnungsweise benützt werden kann. 4) Die geeignetste Modalität scheint unter Berücksichtigung der vorerwähnten Momente folgende zu sein: „Die allgemeine Rechnungseinheit wird die Mark à 10 Groschen à 10 Pfennige (oder 100 Cent.) und wird die Mark repräsentirt durch 1/2 Thaler, so daß der Thaler zu rechnen 3 Mark oder 30 Groschen oder 300 Pfennige. Der 2-Thaler oder 3 1/2 fl. zu 6 Mark oder 60 Groschen oder 600 Pfennige.“ 5) Die hauptsächlich Kurantmünzsorte würde nach wie vor der Thaler (3 Mark) bilden, da 1/2 Thaler (1 Mark) eine zu kleine Münzsorte wäre (in gleicher Weise wie das 5-Frankenstück die Hauptmünzsorte in Frankreich, Belgien, Schweiz und Serbien bildet, obgleich nach 1-Frankenstück gerechnet wird). 6) Hannover und Sachsen, welche jetzt schon den Thaler in 30 Groschen und 300 Pfennige eintheilen, hätten bei Annahme dieses Systems nur die Rechnungsweise nach Marken an die Stelle der Thaler zu substituieren. Preußen und andere Staaten hätten die Eintheilung des Groschens in 10 statt 12 Pf. vorzunehmen, und wären dann mit jenen konform. 7) Schwieriger stellt sich die Sache für die süddeutschen Staaten mit dem 5/2 fl. Fuß, da die Gulden- und Kreuzrechnung nicht einfach und bequem in 1/30 oder 1/200 Thaler aufgeht; allein bei der Kleinheit des Pfennigs und dem Vortheil der durchgängigen Dezimalrechnung, sowie bei dem bereits vorherrschend gewordenen Gebrauch der 1/2 und 1/4 Thaler (künftig event. 3- und 6-Markstücke) dürfte diese Schwierigkeit doch binnen nicht zu langer Zeit vollständig überwunden werden.

Die ad II. gestellten Fragen sind folgende: A. Staatspapiergeld. a) Halten Sie die Emission von Staatspapiergeld überhaupt für zweckmäßig? b) Dies vorausgesetzt, welche gesetzlichen Vorkehrungsmaßregeln erscheinen Ihnen notwendig, um den daraus möglicher Weise entstehenden Gefahren vorzubeugen? B. Zettelbanken. 1) Auf welchem Wege würde nach den in Ihrem Wirkungskreise gemachten Erfahrungen am leichtesten eine einheitliche Befestigung des deutschen Zettelbankwesens zu erzielen sein? 2) Welchem Banksystem geben Sie den Vorzug: a) dem der privilegierten Staatsbanken, b) dem der konzessionirten Privatbanken, oder c) dem der Bankfreiheit unter Einhaltung gesetzlich bestimmter Normen? 3) Welche Ansichten hegen Sie in Beziehung auf die Notenemission, beziehungsweise: a) deren Verhältnis zum Stammkapital, b) deren Verhältnis zum Baarfonds, c) über die weitere Sicherstellung der Noten und deren etwaige Priorität von allen anderen Verbindlichkeiten der Bank, d) über die Größe der

Mit den gehörigen Fragezeichen ließe es sich aber dennoch versuchen. Der beflagelte Hirtenknabe wäre nur ein passendes Seitenstück zu dem bekannten Fischmenschchen aus dem Neufelder See. Ich führe übrigens dies Alles nur an, um zu zeigen, welche glänzende Resultate ich mit Ihrer Unterstützung auf dem fruchtbaren Gebiete interessanter Tagesneuigkeiten zu gewinnen hoffe.

Auch bezüglich des Romans gebe ich mich freudigen Erwartungen hin. Das Publikum stellt zwar große Forderungen; selbst die spannenste Kombination sämtlicher sieben Todsünden nimmt es ziemlich gleichgültig auf; gleichwohl kann selbst in dieser Sphäre noch viel Ueberraschendes geleistet werden. Behalten Sie die Handlungen bei und nehmen Sie nur neue Motive zu denselben, und Sie können die Welt in Staunen setzen. Lassen Sie z. B. eine liebevolle Mutter ihre siebzehnjährige Tochter vergiften, um sie vor den Nachstellungen eines alten Wüßlings zu retten; oder eine tugendhafte junge Frau den Mann, der ihrer Nähe gefährlich zu werden droht, bei dem ersten Rendezvous mit einer Haarnadel ersticken; oder lassen Sie einen Kaiser nach Amerika fliehen, um sich den täglichen Verlockungen der gefüllten Kasse zu entziehen und so weiter. Wie Sie sehen, kann nur bildförmige Schlichtheit dem Roman ganz neue Bahnen brechen. Was mir also bezüglich des Feuilletons Sorge macht, sind weder die Tagesneuigkeiten noch der Roman, sondern . . .“

Hier schnitt Dr. Jink dem geistvollen Dr. Schred die Rede ab. Auch er hatte das Bedürfnis, mit einem positiven Vorschlag in den Vordergrund zu treten, und das Kapitel über den Roman schien ihm hiezu insbesondere geeignet. „Meine Herren!“ hub er an, „Entschuldigung, daß ich unterbreche, doch die wichtige Frage über die Neugestaltung des Romans scheint mir nicht vollständig erschöpft; wir haben schätzenswerthe Andeutungen erhalten, diesen trete ich aber mit einem fertigen Plan entgegen.“

„Mit wahrer Genugthuung habe ich die Freundlichkeit wahrgenommen, mit welcher die geehrte Redaktion meinen ersten Vorschlag zum Beschluß erhoben, ich hoffe denn, Sie werden auch meinem gegenwärtigen Antrag wohlwollend beistimmen. Derselbe ist kurz und lauter: schreiben wir selbst in Gesellschaft einen Roman! Jeder von uns entwerfen sich einen Plan und hält diesen vor den übrigen streng geheim. Dr. Schred schreibt das erste Kapitel, Dr. Hannekam das zweite, Peintelles das dritte und ich das vierte, das fünfte fällt wieder Dr. Schred zu u. s. w.“

Nach meiner besten Ueberzeugung muß ein derartig verfolgter Roman ungeheures Aufsehen erregen, denn er muß voll der spannendsten Situationen, der überraschendsten Wendungen und ergreifendsten Momente und mit einem ungläublichen Aufwand von Geist und Witz geschrieben sein. Wie werde ich mich z. B. wehren, wenn Dr. Peintelles meine arme Waise durch einen bössartigen Wucherer um ihr väterliches Erbe bringen; Dr. Schred sie mittels einer herzlosen Lante einem geistlosen Sybariten gleichsam zum Dessert überliefern, Dr. Hannekam sie zu einer geheimen Ehe mit einem leichtsinnigen französischen Kavalleriebestimmen will! Umgekehrt, wie werden Sie sich abmühen, Ihre Verbrecher vor meinem Rachebolz und Ihre Frauen und Jungfrauen vor meinen Nothz zu schützen? Was würden z. B. Sie, Dr. Hannekam, thun, wenn ich Ihren glücklichen Liebhaber am Altar erfasse, ihn von der Stelle seiner weinenden Braut reiße und Sie ihn erst acht Kapitel später mit einem Brantweintrauf in den Goldminen Californiens finden? Meine Herren, dieses geistige Duell und die Arbeit an einem solchen Roman ist nichts Anderes — erfordert mehr List und Verschlagenheit, als zwei Nothhäute zu ihren verzweifelten Kämpfen bedürfen, und verspricht dem Publikum ein höchst anziehendes Schauspiel; wer von Ihnen nimmt also meine Herausforderung an?“

(Fortsetzung folgt.)

Notenabschnitte und deren Verhältnis zur Gesamtmission, e) über Einrichtung und Einlösungskassen außer dem Siege der Bank, f) über die Ueberwachung durch den Staat? 4) In welcher Weise sollen die Depositen sicher gestellt werden, und unter welchen Modalitäten soll deren Annahme erfolgen? 5) Durch welche Normativbestimmungen soll der Geschäftskreis der Zettelbanken festgesetzt werden? 6) In welchem Zeitraume, in welcher Form erscheint Ihnen die Veröffentlichung des Bankausweises wünschenswert? 7) Wie wäre etwa ein Verband zur wechselseitigen Annahme der Noten, resp. Einlösung unter den verschiedenen Banken des Zollvereins herzustellen?

* **Freiburg**, 19. März. Gestern stand der ledige, 21 Jahre alte Bauernsohn Jos. Kapp von Kohlenbach wegen Brandstiftung, verurteilt gegen die A. Schmieder'schen Eheleute von Kohlenbach, deren Wohnung in der Nacht vom 7. auf den 8. Dez. vollständig niederbrannte, vor die Geschwornen. Der Angeklagte gestand die That ein und gab unwiderstehlichen Brandstiftungsdrang als Grund derselben an. Ueberhaupt war sein Benehmen psychologisch so eigentümlich, daß der Verteidiger auf Blödsinn bei dem Angeklagten glaubte plädieren zu können. Die Geschwornen verneinten jedoch dieses Motiv, worauf der Schwurgerichtshof den Angeklagten wegen Brandstiftung zu 12 Jahren Zuchthaus oder 6 Jahren in Einzelhaft und 3 Jahren in gemeinsamer Einsperrung und zu den Kosten, sowie zur Zahlung eines Schadenersatzes von 3271 fl. verurtheilte.

München, 17. März. (Sch. M.) Der Beschluß der Abgeordnetenkommission in der kurhessischen Frage ist der Kammer der Reichsräte bereits offiziell mitgeteilt worden, und zwar, so weit er die Verwahrung gegen Gefährdung der bayrischen Verfassung betrifft, zur einfachen Kenntnisnahme; so weit er die an den König zu richtende Bitte, zur Herstellung rechtlich geordneter Verfassungszustände in Kurhessen nach Kräften mitzuwirken, betrifft, mit „dem Ersuchen, den Antrag der gleichfallsigen Beratung zu unterstellen.“ So steht also eine mindestens eben so interessante, wenn auch kaum so lebhaft und eingehende Debatte über diese Angelegenheit auch in dieser Kammer bevor. — Ueber die von 55 israelitischen Gemeinden an die Kammer gerichteten Eingaben um Gleichstellung mit den christlichen Staatsbürgern hat der betreffende Ausschuß Beschluß gefaßt und einstimmig den von dem Abg. Paur eingebrachten Antrag begutachtet, es seien die in den Provinzen diesseits des Rheins bezüglich der Juden bestehenden Beschränkungen aufzuheben. Nach der Sachlage, nach der in den Kreisen der Kammermitglieder hierüber bereits laut gewordenen Meinung, und nach den von dem Minister des Innern im Ausschuß abgegebenen Erklärungen unterliegt es keinem Zweifel, daß endlich, nach oft wiederholten Anläufen dazu, die hiemit gemeinten mittelalterlichen, nur in Bayern noch bestehenden Ausnahmengesetze gegen die Israeliten fallen werden.

München, 18. März. (A. Z.) Es kann nunmehr mit Bestimmtheit versichert werden, daß J. K. M. von Neapel demnächst nach Bayern und zunächst nach München kommen, und im Schloß Wiedersheim einige Zeit zubringen werden.

* **München**, 18. März. Wir kommen noch einmal auf die kurhessische Debatte in der Abgeordnetenkommission zurück, um mit einigen Worten über die Aeußerungen des Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Schrenk, zu referieren. Derselbe suchte vor Allem nachzuweisen, daß die Kammer nach der bayrischen Verfassung zu dieser Frage nicht kompetent sei. Umgekehrt sei aber der Bund zu der bekannnten Intervention in Kurhessen berechtigt gewesen, was der Minister durch Gruppierung mehrerer Paragraphen des Bundesrechts darzuthun bemüht ist. Davon, daß dieser Vorgang für die bayrische Verfassung präjudizial sei, könne gar keine Rede sein. Was das Verfahren der bayrischen Regierung insonderheit betrifft, so habe dieselbe sich niemals den bekannnten Motiven der Bundeskommission von 1850 angeschlossen. Wenn sie demungeachtet dem Bundesbeschlusse von 1852 beigestimmt habe, so geschah es, weil sie die von der Bundesversammlung in ihrer Kompetenz den Bundesgesetzen gegebene Interpretation, wonach der Art. 56 in dem einen Ausnahmefalle keine Anwendung finde, nicht beschränken wollte. Eine Beforgnis, daß aus dieser Auslegung eine mißbräuchliche und ungebührliche Anwendung stattfinden könnte, werde der Kammer wohl fern liegen. Seit dem Bestehen der Bundesverfassung sei nur dieses eine Mal der Fall eingetreten, daß die Bundesversammlung von dieser ausnahmsweisen Befugnis Gebrauch machen zu müssen glaubte, und daß dies unter ganz besondern Verhältnissen geschehen; diese würden aber so leicht nicht wieder eintreten. Der Minister verwies dann auf Art. 32 der Wien. Schlussakte, welcher bestimmt, daß in dem Falle, wo die Bundesversammlung sich genöthigt sieht, nach Art. 26 in die Verfassungsverhältnisse eines Landes einzugreifen, dieselbe dann immerhin nur nach den Anträgen der betreffenden Regierung vorgehen könne. Die kurhessische Regierung sei mit den Anträgen, welche der Bundesauschluß der Bundesversammlung vorlegte, einverstanden gewesen, und dies war wohl eines der hauptsächlichsten Motive, um derentwillen die bayrische Regierung jenen Anträgen beistimmte. Aber eben hierin liege auch die Garantie dafür, daß ohne Mitwirkung der bayrischen Regierung ein solches Eingreifen der Bundesversammlung in die bayrischen Verfassungsverhältnisse nicht stattfinden könne; die Kammer werde sich hieraus überzeugen, daß eine Gefährdung der bayrischen Verfassung in Wahrheit nicht vorliege, und daß die deshalb bestehenden Besorgnisse eitle Gespenster sind.

Indem sich der Redner dann eingehend über die vorliegenden Anträge aussprach, legte er die Ansicht dar, daß eine Bitte an die Regierung deshalb keinen Zweck haben könne, weil der Bundesversammlung die kurhessische Verfassungsfrage nicht mehr vorliege, vielmehr die Lösung derselben Sache des eigenen Landes sei. Was die Anträge, welche eine Verwahrung bezügelten, betreffe, so seien sie in der Beforgnis gestellt worden, daß die bayrische Verfassung gefährdet sei. Redner

glaube aber dargethan zu haben, daß dies in Wahrheit nicht der Fall sei. Bedürfte es einer Verwahrung, um eine solche Gefährdung fern zu halten, dann stünde es schlimm; aber an dem sei es nicht, und sollten schlimme Tage kommen, dann würden wir, die Minister, so entschieden wie Einer in der Mitte der Kammer eintreten für Bayerns Selbständigkeit, für die bayrische Verfassung. Es bedürfte keiner Verwahrung, um die Minister an Das zu mahnen, was sie selbst für ihre heiligste Pflicht erachten.

† **Vom Main**, 19. März. Sicherem Vernehmen nach geht der k. k. österreichische Präsidialgesandte Ende dieser Woche nach Wien. Man wird vielleicht nicht fehlgreifen, wenn man diese Reise ganz speziell mit der holsteinischen Angelegenheit, welche noch vor Ende des Monats sowohl in Frankfurt als in Ipehoe zur Entscheidung herangerückt ist, in Verbindung bringt.

Kassel, 20. März. (Sch. M.) In der gestrigen Kriminalgerichtssitzung wurde Decker von der Anklage der Verleumdung und Majestätsbeleidigung (in der Berufungsinstantz) freigesprochen; dagegen wegen des Ausdrucks „Frömmelnde Schulinspektoren“ (in einem Artikel der „Morgenzeitung“, welcher den Gegenstand einer von drei neuen Anklagen bildet) mit 25 Thalern bestraft.

Ipehoe, 17. März. (H. N.) Der Ausschußbericht über die Verfassungsvorlagen ist jetzt definitiv festgestellt. Der Bericht zerfällt in drei Theile, deren jeder eine der gemachten Vorlagen bespricht. Der Bericht lautet ablehnend, soweit es sich um das in der Eröffnung angeordnete Projekt einer Gesamtstaatsverfassung und um das vorgelegte Provisorium handelt. Er weist namentlich nach, daß jenes Projekt im Wesentlichen nur eine Wiederholung der alten Reichsrathsverfassung ist, und hebt hervor, daß das Provisorium, abgesehen von seinen sonstigen Unzuträglichkeiten, eine Aussonderung Holsteins aus dem Gesamtstaat bezwecke, während es Holsteins Pflicht sei, an der Gemeinschaft festzuhalten, so lange Schleswig durch dieselbe mit Dänemark verbunden bleibe. Ueberhaupt nimmt die Rücksicht auf Schleswig als maßgebendes Motiv im ganzen Bericht eine hervorragende Stelle ein, und die Ueberzeugung, daß Ruhe und Ordnung sich nicht werden wieder herstellen lassen, so lange die altberechtigten Verbindung der Herzogthümer nicht wieder hergestellt sei, wird mit Entschiedenheit ausgesprochen. Die Regierung hatte auf die Furcht vor der bevorstehenden Bundeserfaltung, die ihr aus einigen Fabrikantentreifen entgegengetreten ist, und von der sie vermutete, daß das Volk sie theile, gerechnet, und gehofft, daß die Ständeversammlung geneigt sein werde, um der Erfaltung zu entgegen, sich die Vorlagen gefallen zu lassen. Der Bericht hebt dagegen hervor, daß die Aussicht auf die Hilfe, welche Holstein seitens des Bundes jetzt gewährt werde, nur dazu dienen könne, die Zuversicht der Versammlung im Festhalten am eingeschlagenen Wege zu stärken.

Die Sonderverfassung für Holstein hat der Ausschuß im liberalen Sinne amendirt, ihre Annahme aber davon abhängig gemacht, daß das früher beantragte und vom Bunde beschlossene Provisorium rücksichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten in's Leben trete. Er ist dabei wieder von demselben Gedanken ausgegangen, der schon früher die Versammlung abgehalten hat, auf ähnliche Vorlagen einzugehen, daß eine verfassungsmäßige Konstituierung Holsteins rücksichtlich seiner besonderen Angelegenheiten eine Anerkennung des faktisch bestehenden Verhältnisses in Schleswig und Dänemark in sich schließen würde, wie sie bisher von den Ständen immer abgelehnt worden ist. Im Ausschuß wurde auch noch über die Frage berathen, welche im Lande vielfach angeregt war, ob es angemessen sei, eine Beschwerde an den Bundestag einzubringen; der Bericht weist darauf hin, daß dies augenblicklich, wo der Bund die Sache von selbst in die Hand genommen, unnöthig sei und wohl nur zu neuen Weiterungen und Verzögerungen Veranlassung geben könne. Der Ausschuß beantragt aber, daß das Bedenken der Bundesversammlung durch das Präsidium mitgeteilt werde, um sie über die Stimmung des Landes authentisch zu unterrichten. Die Vorberatung über die Verfassungsangelegenheit wird am Donnerstag, die Schlussberatung höchst wahrscheinlich am Samstag stattfinden, und werden die Stände mit Ende der Woche wohl auseinandergehen, ohne daß sie nöthig hatten, die ihnen bewilligte dreiwöchentliche Frist vollaus zu benützen.

○ **Berlin**, 19. März. Viel Beifall findet hier eine Ansprache an das deutsche Volk, welche die H. K. v. Robertus, Herzog und Bucher kürzlich ihrer bekannnten Erklärung haben folgen lassen. Die neue, unter dem Titel: „Seid deutsch!“ erschienene Kundgebung enthält, gleich der früheren, eindringliche Mahnungen zur Wachsamkeit und Eintracht, sowie sehr zeitgemäße Warnungen vor den Täuschungsfünften fremder Kabinette und ihrer deutschen Parteigänger. Es heißt in der von echtem Vaterlandszuehl getragenen kleinen Schrift u. A.: „Seid deutsch in Kopf und Herz und Blut. Nehmet nicht Worte auf die Lippen, die von den Fremden kommen. Verschwendet nicht in sentimentaler Befriedigung an den Erfolgen Anderer das Gefühl, auf welches euer eigenes Vaterland das erste Recht hat. Redet nicht von Bundesgenossen, die wir nicht brauchen, wenn wir Alle einig sind, und die wir nie haben werden, so lange wir nicht Alle einig sind. Glaubt nicht, daß ihr den Befehl retten werdet, indem ihr den Süden preisgibt. Gräbelt nicht darüber, wie Garibaldi, Casour, Mazzini und Louis Napoleon zu einander stehen. Ihr werdet es nicht erfahren, wenigstens nie zur Zeit. Seid zufrieden mit der Wissenschaft, daß alle Bier, so uneinig sonst, darüber vollkommen einig sind, daß das deutsche Land zerissen und, als Vorbereitung dazu, der deutsche Sinn mit Tollraut umnebelt werden soll.“ — Die Literatur der venetianischen Frage ist neuerdings um eine sehr beachtenswerthe Erscheinung reicher geworden. Unter dem Titel: „Oesterreichs Appell an die öffentliche Meinung.“ — Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin feiert zum Oesterfest hierher zurück. — Wie aus sonst bewährter Quelle verlautet, nehmen die Negotiationen über einen Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frank-

reich keineswegs den von mehreren Blättern behaupteten raschen Fortgang. Gerade in den wichtigsten Fragen sollen noch gar keine festen Anhaltspunkte zu einer Verständigung gewonnen sein. — In hiesigen Ausgleichungsbestrebungen des dänischen Kabinetts werde die Bundeserfaltung gegen den Herzog von Holstein eine nicht unwesentliche Verzögerung erfahren. Zugleich wird versichert, es solle am Bunde zunächst noch eine nähere Prüfung der dänischen Vorschläge herbeigeführt werden.

Magdeburg, 18. März. (Fr. Z.) Bei der vorgestien stattgehabten Neuwahl eines Deputirten zum Hause der Abgeordneten zu Gentin wurde der ministerielle Kandidat, Oberpräsident der Provinz Posen, Hr. v. Bonin, welcher sich persönlich eingefunden hatte, mit 213 unter 255 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Der Kandidat der Kreuzzeitungspartei, Hr. v. Blotho, erhielt nur 40 Stimmen, die ihm fast ausschließlich seine Standesgenossen zuwendeten.

Wien, 16. März. (Schw. M.) Die Landtagswahl-Bewegung hat Wien die letzten Tage hindurch außerordentlich in Anspruch genommen; in Folge der Kürze der Zeit häuften sich die Vorbesprechungen, denen die Bevölkerung trotz der bis zur Ermüdung hinausgezogenen Gemeindegewahl das lebhafteste Interesse entgegenbrachte. Die Versammlungen der acht Wahlbezirke waren stets überfüllt. Wunderbar war die Uebereinstimmung, mit welcher sich alle auftretenden Kandidaten ohne Ausnahme zu liberalen Anschauungen bekannnten. Daß nun aus dem Verlauf dieser Versammlungen auch der Schluß gezogen werden darf, die zwölf Vertreter Wiens würden alle der wirklich liberalen Partei angehören, dafür möchten wir nicht einstehen; die Zersplitterung der Stimmen, die unvollkommene Parteidisziplin, und mancherlei unberechenbare Einflüsse dürften wie bei der Gemeindegewahl, so auch hier ihren störenden Einfluß äußern. Als ein Symptom, welches entschiedener Opposition das Konfordat und die mit ihm zusammenhängende religiöse Bevormundung begegnet, wollen wir erwähnen, daß die Wähler keinem einzigen der Kandidaten eine Interpellation über diesen Gegenstand schenkten, und daß kein einziger es wagte, auch nur ein Wort zu Gunsten des römisch-österreichischen Staatsvertrags vorzubringen.

Wien, 17. März. Vor einer am 14. März abgehaltenen Wählerversammlung in Dreihofsdorf sprach sich Baron Dobshoff in folgender Weise über seine Ansichten in Betreff der Stellung der katholischen Kirche aus: „Er sei ein guter Katholik und wünsche als solcher, daß die katholische Kirche eine möglichst selbständige und würdige Stellung einnehme; ebendeshalb müsse er aber auch wünschen, daß die katholische Kirche jeglicher Bevorzugung gegenüber den übrigen Religionsbekenntnissen entsage; nur wer durch eigene Kraft bestehen könne (und dies könne die katholische Kirche), sei stark; wer hingegen des Schutzes bedürfe und Privilegien nöthig habe, sei schon an und für sich schwach; das Konfordat habe der katholischen Kirche, selbst auch unter dem eigenen Klerus, mehr Feinde als Freunde gemacht und könne in seiner jetzigen Form nicht mehr fortbestehen; die Zivilehe sei ein Institut, welches in Frankreich, dem allerchristlichsten Lande, seit vielen Jahren bestehe, ohne der Religiosität und den guten Sitten einen merklichen Eintrag gemacht zu haben; er sei kein Gegner der Zivilehe und müsse seine Ueberzeugung aufrichtig aussprechen; wenn er deshalb den Wünschen der H. Wahlmänner nicht entsprechen sollte, so könne er doch seiner innersten Ueberzeugung nicht untreu werden, und würde diese seiner Kandidatur keineswegs zum Opfer bringen.“ Pfarrer Kusolitsch: „Nur keine Zivilehe! Das darf nicht sein! Die erste Ehe im Paradiese zwischen Adam und Eva ist schon von Gott geschlossen worden!“ (Allgemeine Heiterkeit.)

Wien, 18. März. Nach der „Desterr. Zig.“ hat der Kaiser Franz Joseph den hier zu einer Konferenz beschiedenen ungarischen Magnaten erklärt, er werde die Rechte der Nation in ihrem ganzen Umfange achten, niemals aber einen Eingriff in die Rechte der Krone gestatten. Der Landtag wird sich zuerst in Ofen versammeln, später in Pesth. Die Krönung wird in der Garnisonskirche in Ofen stattfinden.

Wien, 19. März. Weitere bekannnte Wahlen für den Landtag Niederösterreichs sind: Baron Kalchberg, Braumeister Dreher, Regierungsrath Arnetz, Fischer von Regyd. — In Böhmen wurden zu Landtagsmitgliedern gewählt: Palady, Dr. Sida, Dr. Nieger, Graf Lhan, Dr. Brauner, Finanzminister Plener.

Wien, 19. März. (Frk. Bl.) Bei den Wahlen für den Landtag in Böhmen ist Staatsminister v. Schmerling und in Preßburg Graf Deseffsky mit Akklamation gewählt worden.

Triest, 18. März. Der neue Stadtrath hat in seiner heutigen ersten Sitzung beschloffen, die Regierung um Gestattung der Öffentlichkeit der Sitzungen zu ersuchen.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 16. März. (Desterr. Zig.) Gestern Vormittag durchzog ein etwa aus 30 Mann bestehender Trupp Bauern, die mit großen Knütteln wohlbewaffnet waren, die Straßen Pesths. Die Leute staunten das ruhig dahinschreitende städtische Publikum an, während dieses etwas sonderlichen Aufzuges erklären zu können. Endlich sollte diese den neugierigen Städtern klar werden. Letztere verfolgten die Bauern, und diese schlugen ihren geraden Weg nach dem Stadthause ein. Befragt, was sie denn vorhätten, erzählten sie nun offenherzig, daß es gestern in ihrem Dorfe hieß, heute, als am 15. März, werde es in Pesth „losgehen“, die Deutschen wollen die Ungarn todtschlagen, und so haben sie es denn für ihre Pflicht erachtet, mit dem frühesten sich aufzumachen, um nach der Stadt zu kommen, und da ihren ungarischen Brüdern „zu helfen“. Es kostete einige Mühe, den Leuten begreiflich zu

machen, daß es heute hier nichts „zu helfen“ gebe. — In Sarvar ist es zwischen dem Volke und der Finanzwache zu so argen Thätlichkeiten gekommen, daß letztere sich genöthigt sah, eine Division Kürassiere zur Hilfeleistung zu rufen. Doch konnte es nur der Vermittlung des beliebten Richters gelingen, das Steine werfende Volk zu zerstreuen.

Fiume, 19. März. Die Municipalkongregation beschloß die Einladung des Agrar Magistrats zur Unterstützung der Bitte betreffs der Vertretung der kroatisch-slavonischen Militärgrenze auf dem Landtage Kroatien's und eine Aufforderung an den Banus, die Deputirten zur Eröffnung des kroatischen Landtags abzuschicken, was verneinend beantwortet wurde.

Italien.

Turin, 17. März. Die heutige „Opinione“ bespricht in einem „die Anerkennung des italienischen Reiches“ überschriebenen Artikel die Schwierigkeiten Italiens, die diplomatische Weiche zu erlangen und von den andern Staaten anerkannt zu werden. Obwohl keine der europäischen Mächte ein Interesse habe, sich der Konstitution Italiens zu widersetzen, so werde doch wahrscheinlich mancher Staat die Anerkennung verweigern. Die Regierung werde sich aber feiner abschlägigen Antwort aussetzen. So lange die Mächte nicht offiziell von der Proklamirung des italienischen Reiches unterrichtet werden, können dieselben ihre Beziehungen mit Italien in der bisherigen Weise fortsetzen, was nach geschehener Mittheilung und erhaltener abschlägiger Antwort nicht mehr der Fall sein könnte. Die zur Anerkennung bereitwilligen Mächte müssen von dem Ereignisse unverweilt unterrichtet, zögernde Regierungen durch bons offices gewonnen werden; die Anerkennung neuer Mächte hingegen, welche offenbar abgeneigt sind, müsse der Zeit und der öffentlichen Meinung überlassen werden.

Turin, 18. März. Die „Opinione“ sagt, daß die „Räuber“ von Civitella dem ihnen von Franz II. gesandten Befehl, die Festung zu übergeben, zu gehorchen verweigern.

Turin, 18. März. Im Senate hat der Minister Cassinis einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher folgende Aufschrift für die Regierungsakte vorschreibt: „Victor Emanuel II., König von Italien von Gottes Gnaden und dem Willen der Nation.“ (Allgemeiner Beifall.) Die Dringlichkeit wird erklärt.

Rom. Die „Wien. Ztg.“ bringt die Antwort des Königs Franz auf ein Schreiben des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz, bei Gelegenheit der Verleihung des Großkreuzes des Maria-Theresien-Ordens an den König. Franz II. findet schon in dem Umstand eine förmliche Anerkennung, daß in den Orden, zu dem wir gehören, nur loyale und tapfere Herzen aufgenommen werden.“ Zugleich wiederholt er, daß er in Gasta nicht bloß seine Krone, sondern hauptsächlich die Prinzipien der ewigen Gerechtigkeit und des Völkerrichts verfochten habe. Gleichzeitig bringt die „Gazette de France“ eine neue Proklamation des Königs Franz, die er an seine Vertreter bei den auswärtigen Höfen gerichtet hat; dieselbe ist vom 16. Febr. datirt und spricht sich mit großer Bitterkeit darüber aus, daß die europäischen Monarchen ihn im Stiche gelassen hätten. „Der König beider Sizilien“, bemerkt er, „konnte glauben, er befände sich in derselben Stellung, wie die anderen Herrscher, und er hatte ein Recht auf denselben Schutz gegen einen Angriff von außen, den die ottomanische Pforte, der Bizetkönig von Aegypten, und die afrikanischen Barbarenstaaten nicht vergebens angerufen haben.“ Schließlich verspricht er, daß er im Königreich keine Wahlen veranstalten wolle; doch „wenn seine getreuen Unterthanen, die getäuscht, verrathen, unterdrückt und ausgeplündert worden, ihre Arme, bewegt von demselben Gedanken, gegen die Unterdrückung erheben, so wird der König ihre Sache nicht verlassen.“ Uebrigens hofft er, daß Europa zu einem Kongress zusammentreten und die italienischen Angelegenheiten ordnen wird; das einzige Ziel seiner auswärtigen Politik wird künftig sein, auf Verwirklichung dieser Idee hinzuwirken.“ In Betreff seiner inneren Politik bleiben „die Zusagen des Manifestes vom 8. Dezember stets sein einziges und unveränderliches Programm.“

Rom. Briefe aus Rom vom 16. melden, daß General Goyon durch große Truppenentfaltung die Manifestation am 14. Abends verhindert hat. Den folgenden Tag jedoch waren in allen Straßen Zettel mit den Worten: „Es lebe Victor Emanuel!“ angeheftet, und die Studirenden der schönen Künste und der Universität ließen Freudenrufe in ihren Kollegien erschallen. Die Zettelankleber wurden verhaftet. Die französische Polizei hat einen päpstlichen Juaven — in Folge eines im Café Colonna durch eine politische Diskussion entstandenen Streits — verhaftet.

Neapel, 16. März. (Sch. M.) Bevor Liborio Romano seine Entlassung einreichte, wurde im ganzen Königreich ein Bericht desselben an den Statthalter Prinzen Carignan angeschlagen, worin, unter Hinweisung auf die Unzufriedenheit des Landes, angeordnet wurde, ein Garibaldi fest im ganzen Königreich zu feiern.

Neapel, 17. März. Der Dampfer „Ercole“, welcher vor 10 Tagen von Palermo nach Neapel abfuhr, ist spurlos verschwunden.

Neapel, 18. März. Die Abdankung des Statthalters ist angenommen. Die Uebergabe von Civitella ist noch nicht bestätigt.

Frankreich.

Paris, 19. März. Baisse an der Börse! Baisse wegen der finanziellen Diskussion im Gesetzgeb. Körper, Baisse wegen der Allokation des Papiers, Baisse . . . doch verfahren wir methodisch. Im Gesetzgeb. Körper bemerkte Hr. Gouin, Hr. Magne antwortend, daß — entgegen der Behauptung in der Thronrede und in dem Kommissionsentwurf der Adresse — die Regierung nicht nur neue Steuern im Betrage von 68 Millionen schuf, lediglich um die Aus-

gaben des Budgets von 1862 zu decken, und den öffentlichen Kredit mittelst Emission von 70,950,000 Fr. Annuitätsobligationen beanspruchte, sondern daß das Budget trotz dieser 138,950,000 Fr. nur durch Heranziehung von 142,928,000 Fr. außerordentlicher Hilfsmittel anscheinend in's Gleichgewicht gebracht werden konnte. Die finanzielle Zukunft schildert Hr. Gouin in sehr düsteren Farben und mahnt nochmals zu größerer Sparsamkeit. An diese Diskussion knüpft sich das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers Hr. Forcade de La Roquette und von neuerlichen Unterhandlungen mit Hr. Fould. Dieser knüpft die Uebernahme des Portefeuilles u. A. an eine Anleihe — eine wirkliche Anleihe — und über diesen Punkt wird, wie man versichert, unterhandelt. Im Prinzip ist man einig — es ist jetzt eine „Zifferfrage“. — Die Allokation des Papiers werden Sie ohne Zweifel bereits per Telegraph kennen. In Turin wird man schreien und toben; hier aber ist, wie ich Ihnen bereits sagte, in der römischen Frage eine Verzögerung eingetreten; man verständigte Cavour, daß diese Frage jedenfalls einen mehmonatlichen Aufschub erleiden müsse — und Graf Cavour wird den Willen des kais. Freundes versprechen.

Als Zeichen für die Richtung des in diesem Augenblick wendenden Windes mag gelten, daß die angekündigte Laguerrennere'sche Broschüre (von welcher ich Ihnen sprach) vorerst nicht erscheinend wird. Bezeichnend für die diesigen Zustände ist übrigens, daß Hr. v. Laguerrennere selbst das Interdikt, welches sein neuestes Produkt betraf, durch die Note im heutigen „Constitutionnel“ erfuhr, welchem sie aus dem Kabinett des Hr. v. Thouvenel zugeht. Ich deutete Eingang auf einen dritten Baifegrund hin. Dieser dritte Grund ist ein (angebliches) eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Oesterreich an Napoleon III. Kaiser Franz Joseph — versichert man — beklagt sich in diesem Schreiben über die heftigen Angriffe, welche ebenso aus dem französischen Senat, als aus dem italienischen Parlament gegen ihn erhoben wurden. — Angriffe, die er durch seine gemäßigtere Haltung seit dem gebrochenen Vertrag von Villafranca durchaus nicht erwarten zu dürfen glaubte. Er fügte bei, daß er seine ganze Sorgfalt der innern Reorganisation seines Reichs zuwandte — im eigenen Lande aber fängt man an, die Mäßigung den Herausforderungen Italiens (Piemonts) gegenüber für Schwäche zu halten — und daß er entschlossen sei, zu zeigen, daß dies nicht der Fall ist. Ich theile Ihnen dieses Gerücht unter Vorbehalt mit, glaube jedoch bezügl. zu sollen, daß es aus sonst zuverlässiger Quelle stammt.

Die eventuelle Auflösung des Gesetzgeb. Körpers wurde im Ministerrath heftig debattirt. Graf Persigny ist entschieden für diese Maßregel. — Fürst Paskevitch, welcher die den neapolitanischen Majestäten verliehenen russischen Orden nach Rom bringt, hatte eine längere Unterredung mit dem Kaiser. — Gestern hatte in der Großen Oper die zweite Vorstellung des „Tannhäuser“ statt. Wie man auch über die Wagner'sche Musik urtheilen mag, die Art und Weise, wie dieses Musikwerk hier — ich sage nicht vom Publikum, sondern von einer gewissen Kotterie — über den Haufen geworfen und ausgepöflet wurde, steht einzig da in den Annalen der zivilisirten Gesellschaft. Was vor fast 100 Jahren zwischen den Gluckisten und Piccinisten vorging, ließ sich allenfalls noch entschuldigen durch den Kampf dieser beiden Genies um die musikalische Herrschaft, — dem Auspfeifen des „Tannhäuser“ aber liegt nicht nur der Reiz der kleineren französischen Kompositoren zu Grund, die laut darüber raisonniren, daß man das Nationaltheater, welches ihnen verschlossen ist, fremden Phantasmen öffnete, und besonders — so eigenmächtig Ihnen dies erscheinen mag — das Treiben der sog. italienischen und Flüchtlingpartei, die, indem sie den „Tannhäuser“ auspöfleten, die Applaudirenden überschrien, tobt und drohten, eine Art von Manifestation gegen Deutschland, besonders gegen Oesterreich, zu machen glaubten. Ich spreche als Augenzeuge, und ich könnte Ihnen Namen nennen, die Ihnen beweisen würden, daß es sich wirklich so verhält. Auch der vortreffliche Sänger Niemann fand vor diesen Herren keine Gnade. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten dieser Vorstellung wieder bei und gaben mehrere Male das Zeichen zum Beifall. In einer Loge des ersten Ranges bemerkte ich zwei Damen, welche Thränen aus ihren Augen wuschten; man sagte mir, es seien Frau Wagner und Frau Niemann.

Paris, 20. März. (Sch. M.) Der „Moniteur“ zeigt an, daß die Konvention wegen der Fortdauer der syrischen Okkupation gestern unterzeichnet worden ist.

Großbritannien.

London, 19. März. Die Kronprinzessin von Preußen ist glücklich hier angekommen. Der Prinz von Wales und der preussische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Bernstorff, erwarteten höchst dieselbe in Dover. Das Begräbniß der Herzogin von Kent findet nächsten Montag statt.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses fragte Lord Ellenborough nach dem Stande der Beziehungen Deutschlands zu den Herzogthümern, rechtsfertige Dänemarks Küstungen, und warnte Preußen vor einem Angriffe auf Dänemark, da es ohne Bundesgenossen dastehen und Frankreich es bedrohen, vielleicht gar vernichten würde. Lord Wodehouse sprach die Ansicht aus, Deutschland und Dänemark verschuldeten beide die jegige Verwirrung. England habe beiden Mächten fortwährend Veröhnung gepredigt. Heute sei aus Kopenhagen die Nachricht eingetroffen, daß das gesammte Budget dem deliberativen Votum Holsteins unterbreitet werden solle. Dieses Zugeständniß werde hoffentlich Deutschland verschönlich stimmen, denn Lord Ellenborough's Ansichten über Deutschlands Gefahren Frankreich gegenüber seien vollkommen begründet.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 19. März. (Sch. M.) Das Manifest über die Emanzipation der Bauern hat in Warschau den freudigsten Eindruck gemacht. Eine

Deputation der Bürgerdelegation beglückwünschte sofort den polnischen Adel des landwirthschaftl. Komitee's, welcher die Ablösung der Bauern kürzlich aus freiem Antriebe beschloffen hatte. Es wird darauf vertraut, daß die Bauernreformen auch in Polen baldigst durchgeführt werden.

Ionische Inseln.

Korfu, 12. März. Der Entwurf der Antwort des ionischen Parlaments auf die Botschaft des k. britischen Oberkommissärs bezeichnet die britische Schutzherrschaft als die einzige Ursache der Uebel der Ionischen Inseln. Einer der Deputirten verlangte Abstimmung über den Anschluß an Griechenland; ein anderer las eine Vorstellung an die Regierungen und Völker Europas gegen das britische Protektorat vor. Die Kammer wurde hierauf auf sechs Monate vertagt.

Amerika.

Neu-York, 2. März. Die Wahl in Nord-Carolina ist mit einer kleinen Majorität zu Gunsten der Union ausgefallen. — General Twiggs, der das militärische Eigentum der Vereinigten Staaten den Behörden von Texas überliefert hat, ist als Feigling und Verräther aus der Liste des Heeres gestrichen worden.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 12. März. Die Abendunterhaltung, welche der hiesige Hilfsverein des Germanischen Museums zum Besten der Nationalanstalt gibt, erfreuen sich einer sehr ansehnlichen Theilnahme, und stellen dem Museum eine recht artige Einnahme in Aussicht. Auf's glücklichste eingeleitet durch ein von V. Lachner veranstaltetes und durch seine neuesten Kompositionen gezieres Konzert, in welchem die Mitglieder des Hoforchesters mit zwei Sängerkwartetten des Operpersonals, und im Sologebiet Hr. Ditt, Frau Ulljed und Frau Dr. Koffka die vorzüglichsten und reichsten Spenden des Beifalls ernteten, erhielten sie ihre Fortsetzung durch einen äußerst anziehenden Vortrag des Oberregisseurs Dr. Wolff über das Ammergauer Passionspiel. Hofrath Kilian leitete in färliger Rede die Ausstellung einer herrlichen, fast vollständigen Alpenflora des Hr. Gedel sen. ein, von welcher Doublen die Kabinette des Königs von Sachsen, des Erzherzogs Johann, des Fürsten von Fürstberg zieren. Diese Ausstellung, welche die ganze Woche geöffnet ist, zieht — ebenfalls zum Besten des Germanischen Museums — viele Besucher an. Hr. Direktor Ed. Devrient aus Karlsruhe hat die Vorlesung des Schatepeare'schen: „Was ihr wollt“, freundlichst zugesagt, und so diesen Abenden einen besondern Reiz gesichert. Den Beschluß wird die Erläuterung eines Schatepeare'schen Drama's durch Prof. Dr. Zimmermann aus Darmstadt den 26. d. M. machen.

Die Ausstellung eines schönen Bildes von Flüggen, „Im Vorzimmer eines Fürsten“, hat in den letzten Wochen auch den Sinn für bildende Kunst angenehm beschäftigt, und den Hinterbliebenen des Künstlers einen nennenswerthen Beitrag gesichert. In der nächsten Woche wird die Ausstellung desselben in Karlsruhe stattfinden.

Wer gestern Nacht am Landungsplatz der Dampfbote mit Krügen versehen gewesen wäre, hätte einen köstlichen Laberrund sich nehmen können. Beim Einladen pläzte plötzlich ein schlecht erhaltenes großes Stückbrot mit Rothwein mitten entzwei, und das köstliche Maß vermischt sich leider unweiderbringlich mit den Fluten des Rheinstroms.

Mannheim, 19. März. Die Veränderungen, welche die Tarifbill im nordamerikanischen Repräsentantenhaus erlitten hat, sind nicht unerheblich, und wir wollen die wichtigsten daraus hier bezeichnen.

Die für Weine angelegten verschiedenen Zölle sind auf den allgemeinen Zoll von 40 Proz. abgeändert. Rohzucker statt 1 C. per Pfund auf 3/4 C. reduziert, und somit der feinste Havannazucker und alle westindischen Zuckerorten auf gleichen Fuß gestellt. Der Zoll auf Kaffee und Thee ist ganz gestrichen, was nur vortheilhaft für die Freistaaten sein kann, ebenso sind alle Beschränkungen des Transitverkehrs aufgehoben. Zu den zollfreien Waaren sind Seide, Cocons, Seidenabfälle, Jagdbauben zugelassen; dagegen aus der Freiliste gestrichen: Aloe, Bernstein, Anisamen, alte Bücher, Canthariden, roher Psephenon, Kupfererz, Summi-Gutta, Precacuanha, Jalappen, Gemälde, Statuen und Schwefelammonium. In der Originalbill wurden Wellenstoffe nach der Länge und Breite besteuert; dies fällt weg, und Luche, Shawls u. zahlen 12 C. per Pfund und 25 Proz. ad valorem. Der Zoll auf Gigarren ist auf 20 à 60 C. nach Qualität festgesetzt.

Mannheim, 19. März. Die Frucht- und Mehlpreise hier und in der Umgegend sind noch immer etwas im Fallen und die Käufe erstrecken sich meistens nur auf den Verbrauch. Namentlich finden sich große Anhäufungen von Mehl, und die Einfuhren von Augsburg wirken bedeutend auf die bisherige Konkurrenz. In den Brodpreisen noch immer kein Abschlag. — Die Bierfrage beginnt wieder ihre Rolle zu spielen. Im Durchschnitt ist das Bier geringhaltig, ja theilweise schlecht, und daher die wenigen guten Brauereien sehr besucht, wo die Maß nur 10 kr. kostet. Mit dem Lagerbier tritt jedenfalls ein Aufschlag ein, welcher auch gerne angenommen werden wird, wenn sich nur die Qualität besser als im vorigen Jahr empfiehlt. Gerste und Hopfen sind jetzt freilich bedeutend wohlfeiler, als zur Zeit der Haupteinkäufe; allein im umgekehrten Fall würden die Brauer das Publikum doch nicht berücksichtigen.

Die Weinversteigerungen im Ueberrhein lassen die Erwartungen der Verkäufer ziemlich hinter sich.

* Das Hamburger Post-Dampfschiff „Borussia“, Kapitän Trautmann, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hr. August Volten, William Müller's Nachfolger, am 15. März von Hamburg nach New-York ab. Außer einer starken Brief- und Packetpost hatte dasselbe 150 Tonnen Güter und 325 Passagiere an Bord.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. F. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 21. März. 2. Quartal. 40. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Unsere Freunde**; Originalaufspiel in 5 Akten, von Dr. Max Ring.

Freitag, 22. März. 2. Quartal. 41. Abonnementsvorstellung. **Johann von Paris**; komische Oper in 2 Akten, von Boieldieu.

Sonntag, 24. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement, zum Vortheil des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Mitglieder des großh. Hoforchesters: **Großes Konzert**.

